

## "Gesundheitsfonds ist keine Sparkasse"

### Krankenkassen-Verbandschefin Pfeiffer plädiert für Entlastung der Versicherten

Die Vorstandsvorsitzende des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen, Doris Pfeiffer (Foto: GKV), macht sich dafür stark, mögliche Überschüsse im Gesundheitsfonds für eine Beitragsenkung zu verwenden. Mit Pfeiffer sprach SZ-Korrespondent Stefan Vetter.

*Frau Pfeiffer, durch das geplante Versorgungsgesetz der Bundesregierung soll sich die Zahl der Ärzte in dünn besiedelten Regionen spürbar erhöhen. Wird die Vorlage diesem Anspruch gerecht? Pfeiffer:* Die Anstrengungen der Regierungen für eine bessere medizinische Betreuung in unterversorgten Gebieten sind zu begrüßen. Das Problem besteht darin, dass die ärztliche Überversorgung in Ballungsgebieten nicht abgebaut wird. Vor diesem Hintergrund ist ein Kostenschub unausweichlich.

*Was heißt das für die Beitragzahler? Pfeiffer:* Ärzte, die sich in unterversorgten Regionen niederlassen, können mit einer Verbesserung ihrer Vergütung rechnen, weil das Honorar bei überplanmäßigen Leistungen nicht mehr gekürzt werden soll. Aber auch für die anderen Mediziner sieht das Versorgungsgesetz ab 2013 eine deutliche Erhöhung der Vergütung vor. All das führt zu Mehrbelastungen von anfänglich etwa 2,7 Milliarden Euro. Das entspricht rein rechnerisch fast 0,3 Beitragsatzpunkten.

*Der neue Ärztepräsident Frank Ulrich Montgomery hat die künftige Honorierung der Mediziner zur Chefsache erklärt. Verdienen die Ärzte zu wenig? Pfeiffer:* Keineswegs, gemessen an anderen Freibe-

rufnern. Es gab in den letzten Jahren massive Steigerungen der ärztlichen Honorare. Die durchschnittliche Brutto-Vergütung eines niedergelassenen Arztes liegt gegenwärtig bei 165 000 Euro im Jahr. Und da sind die Einnahmen durch Privatpatienten noch nicht mitgerechnet.

*Der Gesundheitsfonds garantiert den Kassen feste Zuweisungen unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung. Wie kommen die Kassen in diesem Jahr damit aus? Pfeiffer:* Nach den vorläufigen Zahlen des ersten Quartals weisen einige Kassen Überschüsse aus. Das ist durch die Erhöhung des allgemeinen Beitragsatzes seit Jahresbeginn aber auch nicht so verwunderlich.

*Experten schätzen, dass der Gesundheitsfonds durch die gute Konjunkturlage am Jahresende einen Überschuss von zwei Milliarden Euro aufweisen wird. Was sollte mit dem Geld geschehen? Pfeiffer:* Der Gesundheitsfonds ist keine Sparkasse. Schließlich handelt es sich um Beiträge der Versicherten. Die Politik muss entscheiden, wie mit möglichen Überschüssen verfahren werden soll. Bislang ist im Gesetz dazu nichts geregelt. Denkbar wäre, die Mittel für eine Senkung des allgemeinen Beitragsatzes zu nutzen oder das Geld direkt den Kassen zu geben, um weitere Zusatzbeiträge zu verhindern.

*Bislang erhebt nur etwa jede zehnte der 155 gesetzlichen Krankenkassen einen Zusatzbeitrag. Das ist weniger dramatisch als ursprünglich befürchtet, oder? Pfeiffer:* Die Frage ist, ob das tatsächlich aus einer wirtschaftlich soliden Situation resultiert, oder aus der Befürchtung nicht weniger Kassen, dass die Erhebung eines Zusatzbeitrags zu deutlichen Mitgliederverlusten führt. Das mussten jedenfalls die Kassen erfahren, die einen solchen Zusatzbeitrag erheben. Deshalb suchen viele Kassen einen Zusatzbeitrag unbedingt zu vermeiden. Genau das aber bedeutet, dass viele dabei sind, ihre Reserven aufzubauchen. Insofern ist die vergleichsweise geringe Nutzung des Zusatzbeitrages kein Indiz für den finanziellen Zustand einer Kasse.

*Wie werden sich die Zusatzbeiträge weiter entwickeln? Pfeiffer:* Das hängt entscheidend von der Entwicklung der Ausgaben ab. So sind die Kassen schon lange dafür, zum Beispiel mit den Krankenhäusern eigenständige Verträge zu schließen zu können, um Kosten und Qualität im stationären Bereich besser zu steuern. Leider enthält das geplante Versorgungsgesetz dazu keinerlei Regelung.